

Antrag L01: Gegen den Strom.

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 Gegen den Strom.

2 Die Linke hat eine große Verantwortung. Viele Menschen erleben den Alltag als
3 unsicher und krisenhaft: Selbstverständlichkeiten für ein auskömmliches Leben, eine
4 gute Daseinsvorsorge und soziale Absicherung gibt es für viele nicht mehr. Die
5 Sicherheiten, in den kommenden Jahren ein bezahlbares Dach über dem Kopf, einen
6 Kitaplatz für die Kinder, gute Pflege für die Eltern zu finden, ein ausreichendes
7 Gehalt und eine sichere Rente zu haben, sind zerstört. Während die Schulen weiter
8 verfallen und Krankenhäuser schließen, steigen die Kosten für Lebensmittel.
9 Restaurantbesuche oder der Jahresurlaub werden für viele Menschen zum Luxus.
10 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines
11 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von
12 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.
13 Einige haben diese Einigkeit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach
14 rechts beigetragen hat. Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche
15 Antworten auf die Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für
16 diejenigen, die bei der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen
17 und Einfluss strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose,
18 Rentner*innen oder Kleinselbständige. Wir sind für diejenigen da, die als Frauen,
19 Diverse oder als Männer unter fehlender Vereinbarkeit von Arbeit und Familie leiden;
20 für die, die wegen ihres Namens, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert
21 sind oder die aufgrund ihres Alters oder weil ihre Qualifikationen scheinbar nicht
22 mehr gebraucht werden, aus dem Arbeitsmarkt ausgespuckt werden. Diese Verbindung ist
23 nicht ohne Spannungen und Widersprüche, aber sie ist der Kern von Solidarität und
24 Klassenpolitik. Sie passiert nicht automatisch, sie kann nicht vorausgesetzt und
25 nicht erzwungen werden. Wenn wir die gemeinsamen Interessen offensiv ins Zentrum
26 stellen, kann es fortschrittliche und sozial gerechte Antworten auf die Krisen der
27 Zeit geben, dann können wir konkrete Veränderungen für das Leben der Menschen
28 bewirken. Die linken Erfolge in Frankreich oder Skandinavien zeigen, dass das geht.
29 Wir geben keine Ruhe, bis die Bedürfnisse der Bevölkerung zum Maßstab für unsere
30 Gesellschaft werden.

31 Gleichzeitig erleben wir schwere globale Krisen. Kriege verändern das Gesicht der
32 Welt, vertreiben Menschen, zerstören Familien und sind für den Tod unzähliger
33 Menschen verantwortlich. Kriege bestimmen stärker die politischen Debatten - auch in
34 Deutschland. Viele Menschen sorgen sich. Die Klimakatastrophe wird Teile des Planeten
35 unbewohnbar machen. Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gehören auch in Deutschland
36 zur neuen Realität. Hierzulande und global leiden vor allem diejenigen, die nicht
37 mehr wissen, ob sie die Kraft und das Geld haben, die aktuellen Krisen zu überstehen.
38 Der Klimawandel verlangt dringend, dass Energiegewinnung, Mobilität und industrielle
39 Produktion klimaneutral gestaltet werden. Dazu hat jedes Land weltweit einen
40 gewichtigen Beitrag zu leisten. Deutschland als eines der wirtschaftlich stärksten
41 Länder hat großen Nachholbedarf.

42 Das Vertrauen vieler Menschen in die Politik und die Demokratie sind erschüttert.
43 Vermögen, Ressourcen und die Macht, Entscheidungen zu treffen, sind so ungleich
44 verteilt wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Die Kommunen werden noch immer mit

45 der Finanzkrise und Herausforderungen der Unterbringung und Inklusion von
46 Geflüchteten allein gelassen. Es war ein folgenschwerer Irrtum zu glauben, dass
47 weltweite Fluchtbewegungen auf kurze Zeiträume begrenzt wären. Krieg, Klimawandel und
48 globale Ungleichheit – und die Tatsache, dass die Industrieländer auf Zuwanderung
49 angewiesen sind –, machen Migration zu einem Dauerthema.

50 Die Deckelungen auf den Ausgaben der Kommunen sind im Alltag der Menschen deutlich zu
51 spüren. Sie zersetzen das Lebensgefühl und den Optimismus im Alltag und schleifen die
52 progressiven Veränderungsperspektiven der Menschen. Den wenig ambitionierten
53 Klimaschutz der Bundesregierung haben viele Menschen als zusätzliche Belastung ohne
54 sozialen Ausgleich erfahren. Klimagerechtigkeit, Transformation,
55 Arbeitszeitverkürzung wird von vielen gewollt und gleichzeitig als Bedrohung erlebt.

56 Im Beruf spüren viele Menschen, dass der Druck steigt. Die Löhne bleiben trotz
57 starker Tarifbewegungen hinter der Preissteigerung zurück. Arbeitskräftemangel und
58 Arbeitsverdichtung bedeuten: Es gibt immer mehr zu tun, bei weniger Leuten und
59 gleichbleibender Stundenzahl, Überstunden häufen sich. Die Erfahrung der Corona-
60 Krise, dass das grundlegende Funktionieren der Gesellschaft von
61 Gesundheitsfachkräften und Beschäftigten in Verkauf und Lieferbetrieben, von
62 Pflegekräften, Erzieher*innen und Lehrer*innen, in Nachbarschaften und realen
63 sozialen Netzwerken abhängt, hat keine politischen Konsequenzen für die Gestaltung
64 von Gesellschaft und Arbeit nach sich gezogen. Die neue Welle von Arbeitskämpfen wird
65 von der Regierung nicht übersetzt in mehr Tarifpflicht, gewerkschaftliche
66 Mitbestimmung und berufliche Durchlässigkeit. Große Konzerne werden mit Steuergeldern
67 gestützt, während kleine und mittlere Betriebe unter Druck geraten. Immer größere
68 Anteile der Profite der Unternehmen werden ausgeschüttet, statt sie in Innovation und
69 Weiterentwicklung zu investieren. Dafür sollen Steuergelder und öffentliche Kredite
70 erhalten.

71 Die politischen Kräfte, die gesellschaftlichen Hass schüren, Ungleichheit offensiv
72 befürworten, menschliches Leben als unterschiedlich wertvoll einschätzen, werden
73 stärker. Der Rechtsruck hat seinen Ausgang in der Mitte der Gesellschaft genommen:
74 Kapitalistische Gesellschaften nutzen schon immer das Mittel der Spaltung zwischen
75 verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Die Normalisierung der Spaltung in Arm und Reich,
76 die ungleiche Bewertung von Leben und Zukunftschancen, die zunehmende Militarisierung
77 der Gesellschaft – all das hat sich nicht am rechten Rand gebildet. Die Rechte greift
78 es auf, treibt es weiter und gedeiht darauf. Trotz hoffnungsvoller Gegenbewegungen,
79 wie den Massendemonstrationen gegen Rechtsextremismus im Frühjahr 2024, prägt die
80 Rechte weiter den Diskurs und die Deutung der gesellschaftlichen Lage.

81 Viele folgen rechten Losungen, weil das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der
82 aktuellen Regierung erschüttert ist. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich nicht
83 gehört. Wer profitiert und wer draufzahlt, ist eine Frage des Einkommens – es ist
84 eine Klassenfrage. Das ist die Grundlage, auf der viele Menschen Veränderungen mit
85 Skepsis und Ablehnung betrachten.

86 Es genügt nicht, vor dem Rechtsruck zu warnen und ihn zu skandalisieren. Dass
87 Veränderungen fortschrittlich gestaltet werden können, dass Zukunftsfähigkeit mit
88 gerechter Verteilung, sozialer Sicherheit und mehr Gleichheit zusammengehen kann,
89 kann weder vorausgesetzt noch einfach behauptet werden. Dafür muss argumentiert,
90 mobilisiert, gekämpft werden; dafür müssen Perspektiven aufgezeigt werden. Dafür
91 müssen auch Probleme und Widersprüche zugelassen und bearbeitet werden und die
92 Interessen und Bedarfe derer in den Mittelpunkt gestellt werden, die nicht über
93 Kapital und Einfluss verfügen. Die Leute, die die Arbeit wegtragen, die unsere Busse
94 fahren, in den Krankenhäusern Doppelschichten schieben oder unsere Kinder erziehen.

95 Das ist die Aufgabe der politischen und gesellschaftlichen Linken, und das ist die
96 besondere Aufgabe einer linken Partei. Dieser Verantwortung sind wir in der
97 Vergangenheit nicht ausreichend gerecht geworden, das ging anderen linken
98 Akteur*innen und Bewegungen ebenfalls so.

99 Wir waren nicht gut genug dabei, Skepsis und Verunsicherung genauso anzunehmen wie
100 Ungeduld und Empörung. Viele, die lange Zeit ihr Vertrauen in uns gesetzt und uns
101 dafür gewählt hatten, haben den Eindruck: Ihr seid mit euch selbst beschäftigt, ihr
102 seid nicht für uns da. Diese Kritik nehmen wir an. Der Linken ist es nicht gelungen,
103 die Verteilungsfrage zwischen oben und unten wirksam auf die öffentliche Agenda zu
104 setzen und den Unmut über die Ampel von links zu besetzen: Soziale Fragen wurden in
105 Fragen der Migration übersetzt, andere Themen wie Außenpolitik waren
106 wahlentscheidend. Wir haben keine ausreichend wirksamen Strategien gegen den
107 Rechtsruck gefunden. Es ist uns zu wenig gelungen, gegen die wachsenden Spaltungen
108 innerhalb der Beschäftigten, zwischen Ost und West, zwischen Migrant*innen und
109 Eingesessenen, in verschiedenen Milieus Perspektiven vorzustellen, die die Menschen
110 zusammenbringen. Es ist uns nicht gelungen, als wirksame und überzeugende Alternative
111 wahrgenommen zu werden.

112 Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Veränderung mit der Idee eines
113 solidarischen Sozialstaats, mit mehr sozialer Gerechtigkeit, mit dem Abbau von
114 Diskriminierungen und einem Mehr an demokratischer Teilhabe verbunden werden muss.

115 Einige haben diese Einheit aufgekündigt, was wesentlich zur Abspaltung des BSW nach
116 rechts beigetragen hat.

117 Die Linke ist für diejenigen da, die fortschrittliche Antworten auf die
118 Herausforderungen der Zeit suchen und durchsetzen wollen, und für diejenigen, die bei
119 der gesellschaftlichen Verteilung von Macht, Eigentum, Einkommen und Einfluss
120 strukturell benachteiligt werden: Als Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner*innen oder
121 Kleinselbständige. Wir wollen für und mit denen kämpfen, die unter der frauen- und
122 kinderfeindlichen Politik leiden, die eine Vereinbarkeit von Familie und
123 Berufstätigkeit vor allem für Alleinerziehende kaum zulässt. Für die, die wegen ihres
124 Namens, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert sind oder die aufgrund
125 ihres Alters oder weil ihre Qualifikationen scheinbar nicht mehr gebraucht werden,
126 aus dem Arbeitsmarkt ausgespuckt werden. Diese Verbindung ist nicht ohne Spannungen
127 und Widersprüche, aber sie ist der Kern von Solidarität und Klassenpolitik. Sie
128 passiert nicht automatisch, sie kann nicht vorausgesetzt und nicht erzwungen werden.
129 Wenn wir die gemeinsamen Interessen offensiv ins Zentrum stellen, kann es
130 fortschrittliche und sozial gerechte Antworten auf die Krisen der Zeit geben, dann
131 können wir konkrete Veränderungen für das Leben der Menschen bewirken. Die linken
132 Erfolge in Frankreich oder Skandinavien zeigen, dass das geht.

133 Die Linke ist zweifellos in einer gefährlichen, existenzbedrohenden Situation. Vom
134 Parteitag in Halle aus und mit der Bundestagswahl 2025 (und den Bürgerschaftswahlen
135 in Hamburg sowie den Kommunalwahlen in NRW im Blick) wollen wir die Partei auf einen
136 neuen Weg führen und wieder erfolgreich machen. Hoffnung gibt uns dabei: Die Partei
137 ist in ihrer Mitgliederzahl nicht nur stabil, sie ist gewachsen. Wir haben Mitglieder
138 verloren, aber noch mehr hinzugewonnen. Viele, die uns derzeit nicht wählen, wünschen
139 sich eine linke Partei, mit der sie sich identifizieren können. Dieser Verantwortung
140 stellen wir uns.

141 Gemeinsam wollen wir die Krise zu einem Wendepunkt hin zu einer erstarkten und
142 wirkmächtigen linken Partei machen. Dafür muss Die Linke sich strategisch neu
143 aufstellen: Nicht indem alles über Bord geworfen wird, sondern indem wir die
144 gegenwärtige Situation zum Ausgangspunkt nehmen, um unsere Positionen zu schärfen und

145 weiterzuentwickeln. Die Partei kann nur in Auseinandersetzung mit den Problemen der
146 Gegenwart – mit der gegenwärtigen Regierung, den gegenwärtigen Krisen, dem
147 gegenwärtigen Kapitalismus, der gegenwärtigen weltpolitischen Kräfteverhältnisse –
148 ihre Rolle und Funktion belegen.

149 **Warum eine starke Linke dringend nötig ist**

150 Die Ampel-Regierung hat alle sozialen Wahlversprechen und Pläne des
151 Koalitionsvertrags gebrochen: Kindergrundsicherung, Wohnungsbau, ein Mindestlohn, der
152 den Vorschriften der EU entspricht, den Pflegenotstand beseitigen, Klimaschutz, der
153 wirksam ist, aber nicht auf Kosten der breiten Mehrheit geht. Wichtige Reformprojekte
154 werden verschleppt: Das Tariftreuegesetz, das Klimageld oder die Senkung der
155 Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Ganz zu schweigen von den Wahlversprechen von
SPD

156 und Grünen, die gar nicht in die Koalitionsverhandlungen eingebracht wurden:
157 allgemeinverbindliche Tarifverträge, gerechte Besteuerung von Reichtum, eine
158 gesetzliche Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen. Auch die
159 Versprechungen des Kanzlers, dass die Gelder für die Aufrüstung nicht auf Kosten von
160 Sozialpolitik gehen, sind schon gebrochen. Die Bilanz der Haushaltsplanungen:
161 Kürzungen im Sozialen, aber zusätzliche Aufstockung des Verteidigungshaushaltes. Die
162 Ampel sagt: „Der Haushalt stärkt Familien, Klima, Wirtschaft und Sicherheit“. Die
163 Wahrheit ist, dass der Haushalt Unternehmen, Reiche und Waffenkonzerne stärkt.
164 Kinder, Familien, Rentner*innen, Geringverdienende und Bürgergeld-Empfänger*innen
165 werden mit den gestiegenen Preisen im Stich gelassen. Die unzureichenden Reformen von
166 Hartz IV zum Bürgergeld werden zurückgedreht. Sanktionen, die das
167 Bundesverfassungsgericht schon für unzulässig erklärt hat, werden neu aufgelegt.
168 Spitzenpolitiker*innen der Regierung greifen Forderungen von Beschäftigten und
169 Gewerkschaften in den Tarifaueinandersetzungen an, sie stellen Bürgergeld-
170 Berechtigte als Verantwortliche für ihre verfehlte Politik dar. Wie zu Zeiten der
171 Agenda 2010 wird versucht, eine Spaltung zwischen Beschäftigten, besonders denen im
172 Niedriglohn, und Erwerbslosen und Migrant*innen zu befördern. Die tatsächliche
173 Spaltung der Gesellschaft zwischen oben und unten, zwischen den Superreichen und dem
174 unteren Zweidrittel der Gesellschaft werden aus dem Blickfeld gedrängt. Die
175 selbstverständlichen Erwartungen der Menschen an einen funktionierenden Sozialstaat
176 werden enttäuscht. Es sollte selbstverständlich sein, dass wer ein Kind bekommt, eine
177 Geburtsstation in der Nähe findet, dass ein Recht auf Kita-Platz bedeutet, dass es
178 auch Plätze gibt, dass man im Krankenhaus nicht an vermeidbaren Infektionen stirbt,
179 weil es zu wenig Personal gibt. Die Regierung sagt: „Dafür ist kein Geld da“. Statt
180 die Leistungen zu verbessern, sollen die Erwartungen abgesenkt werden.

181 Wo ist das Geld? Es liegt auf den Konten der Superreichen, es steckt in ihren
182 Unternehmensbeteiligungen, es fließt in die Dividenden der Großaktionäre, es geht in
183 die Taschen der Rüstungskonzerne. Die Prioritäten der Regierung sind: Die
184 Schuldenbremse einhalten; Superreiche nicht belasten, das würde die Klientel des
185 Finanzministers treffen. So schafft die Regierung ihre eigenen Sachzwänge. Aufrüsten
186 statt Sozialpolitik, „Kanonen oder Butter“ - das sind die Entscheidungen, die die
187 Regierung erzwingt. Besonders dringend fehlt das Geld in den Kommunen. Sie sind für
188 viele Bereiche konkret zuständig, in denen sich die großen Veränderungen - Klima-
189 Umbau, Zuwanderung, demografische Entwicklung, Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt -
190 niederschlagen. Wenn sie finanziell nicht handeln können, gehen diese Veränderungen
191 auf Kosten der Menschen und finden keine Akzeptanz. Die Regierung hat die Kosten für
192 den Klimaschutz nicht an Reiche und Konzerne, sondern an die Leute weitergereicht,
193 die schon jetzt kaum über den Monat kommen. Was dem Klima nützt und die Menschen

194 entlastet, geschieht nicht: Ausbau von Bus und Bahn mit für alle bezahlbaren Tickets
195 im Nah- und Fernverkehr; Wärme und Energie aus Bürgerhand zu sozial gestaffelten
196 Preisen. Das versprochene Klimageld für sozialen Ausgleich wurde einfach gestrichen.

197 **Eine Linke auf der Höhe der Zeit...**

198 ...muss Antworten auf die Sorgen der Menschen finden und auf der Höhe der
199 gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sein. In folgenden
200 Feldern werden wir uns auf dem Weg zur Bundestagswahl weiterentwickeln:
201 Wir werden zeigen, wie mehr soziale Sicherheit, gerechte Verteilung, mehr Teilhabe
202 und gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden können. Wir werden unsere
203 Forderungen und Reformkonzepte weiterentwickeln, aktualisieren und in die Debatte
204 bringen: Zu Rente, Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung; zu Tarifbindung,
205 Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf; zum Anspruch auf gute
206 (soziale) Infrastruktur im Verkehr, Kita und Schule, Pflege und Gesundheit,
207 bezahlbares Wohnen und Energie. Wir werden Konzepte gegen den Fachkräftemangel und
208 für Job- und Einkommensgarantien in der Transformation vorstellen, zur Sicherung von
209 Lebensstandards und beruflicher Weiterentwicklung.
210 Wir treten der falschen Erzählung entgegen, die Migrant*innen zu Sündenböcken für
211 Sozialabbau und soziale Unsicherheit macht. Wir weisen stattdessen auf die zutiefst
212 ungerechte Verteilung zwischen oben und unten und die wahren Gründe für die
213 Unsicherheit des Alltags, der Aushöhlung der Daseinsvorsorge hin.
214 Wir entwickeln Konzepte, wie das Leben in den Kommunen für alle sinnvoll gestaltet
215 werden kann und die Kommunen ausreichend finanziert werden. Unser
216 Einwanderungskonzept muss sichere und legale Einwanderungswege eröffnen, die das
217 Sterben an den europäischen Grenzen beenden – und einen schnellen Weg zum Einstieg in
218 die Arbeitswelt und zu voller Teilhabe in der Gesellschaft eröffnen.
219 Der neue Parteivorstand wird unsere Konzepte zu Migration weiterentwickeln, wie sie
220 unter anderem in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und von unseren Abgeordneten im
221 Bundestag erarbeitet wurden, und im Bundestagswahlprogramm Grundlinien für eine
222 solidarische Einwanderungsgesellschaft vorlegen.
223 Wir werden die Militarisierung und die Verengung von – europäischer und globaler –
224 Sicherheitspolitik auf Kriegslogik zurückweisen und die Kosten der Aufrüstungsspirale
225 aufdecken. Wir werden tragfähige Konzepte entwickeln, wie eine weltweite
226 Abrüstungsinitiative aussehen kann; wie Schritte für einen Frieden in der Ukraine und
227 im Nahen Osten gegangen werden können; wie ein System der kollektiven Sicherheit in
228 einer multipolaren Welt aussehen kann; wie wir Sicherheit und Frieden mit friedlichen
229 Mitteln erreichen. Hierauf wird unser Bundestagswahlprogramm 2025 konkrete Antworten
230 liefern.
231 Wir wollen die Verbindungen in die Gewerkschaften und die linke Gewerkschaftspolitik
232 stärken. Mit der Ergänzung der gewerkschaftlichen Ratschläge um den Gewerkschaftsrat
233 sind wir einen wichtigen Schritt schon gegangen. Wir wollen Vernetzungen,
234 Gesprächsformate und Strategieberatungen zu gewerkschaftlichen Fragen ausbauen. Wir
235 unterstützen Streiks und Gegenwehr der Beschäftigten und zeigen, dass Die Linke ein
236 verlässlicher(er) Partner bei den Forderungen nach gerechten Übergängen in der
237 Industrie, angemessener Personalbemessung und gerechter Finanzierung der
238 Daseinsvorsorge, Arbeitszeitverkürzung, Tarifbindung und Entlohnung ist. Auch
239 innerparteilich wollen wir die Vernetzungen und Verankerungen in der Klasse stärken:
240 Was wir mit den Gesundheitsarbeiter*innen begonnen haben, sollte nach und nach mit
241 allen größeren Branchen passieren.

242 Wir legen Konzepte für gerechte Übergänge aus der fossilen Gesellschaft vor, die das
243 Leben der Mehrheit der Menschen besser statt schwerer machen. Wir kritisieren die
244 Klimapolitik der Regierung, weil sie die Klimaziele verfehlt und die Zukunft
245 verspielt und weil sie die Kosten für den ökologischen Umbau den Menschen mit kleinen
246 und mittleren Einkommen aufbürdet. Wir zeigen, wie mit gerechter Steuerpolitik und
247 einer anderen Finanzpolitik eine gute Daseinsvorsorge und Klimaschutz gerecht
248 finanziert werden kann.

249 Wir konkretisieren unsere Vorschläge für eine aktive Industriepolitik und öffentliche
250 Investitionslenkung. Ohne eine starke Rolle des Staates wird der notwendige Umbau von
251 Wirtschaft und Energieversorgung in kurzer Zeit nicht zu schaffen sein. Nur
252 öffentliches Geld zu geben und Marktlenkung zu betreiben, wird nicht ausreichen.
253 Daher setzen wir auch auf öffentliche Beteiligungen, öffentliche Unternehmen,
254 Direktbeauftragungen und Produktionsnetzwerke unter staatlicher Führung. Große
255 öffentliche Investitionsförderungen müssen regional fair verteilt sein und dürfen
256 nicht auf Kosten einer breiter aufgestellten Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
257 gehen.“

258 Wir nehmen die gesellschaftlichen Herausforderungen an und entwickeln

259 unsere Positionen weiter

260 Viele Menschen erleben, dass der Alltag (so) nicht funktioniert. Unsicherheit und
261 Ungerechtigkeit fressen sich ins Lebensgefühl. Die Unsicherheitsgefühle sind
262 politisch umkämpft. Sie überlagern die gesellschaftlichen Debatten um Migration und
263 globale Sicherheit. Die Linke muss sowohl die gesellschaftlichen Ursachen der
264 Unsicherheiten wie die politischen Antworten in den Bereichen Migration und globale
265 Sicherheit angemessen in ihren Konzepten beantworten.

266 Für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft

267 Migration gab es schon immer. Menschen setzen sich in Bewegung. Sie überwinden
268 Grenzen und ganze Kontinente. Die aktuellen öffentlichen Debatten sind darauf
269 angelegt, Menschen, die zu uns kommen, zu Sündenböcken zu machen.
270 Abschottungsphantasien und -debatten dominieren und verstellen den Blick darauf, dass
271 Deutschland längst ein Einwanderungsland ist. Die Ampelregierung hat mit der
272 Zustimmung zur Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik das individuelle Asylrecht
273 faktisch abgeschafft. Illegale und tödliche Praktiken an den europäischen Grenzen
274 kosten das Leben von tausenden Menschen. Die Linke stellt sich dem entgegen
275 Menschen mit Migrationsgeschichte arbeiten hier, sind Nachbar*innen und Freund*innen.
276 Die Geschichte und der Reichtum der Bundesrepublik ist ohne ihre Arbeit undenkbar.
277 Ganze Lebensbereiche würden sofort zusammenbrechen, wenn die Menschen mit
278 Migrationshintergrund für einen Tag oder eine Stunde die Tätigkeiten unterbrechen
279 würden, mit denen sie mit vielen anderen gemeinsam diese Gesellschaft am Laufen
280 halten. Die Kosten für die Versorgung der Geflüchteten stehen weit zurück hinter den
281 Kosten, die Steuerflüchtlinge der Gesellschaft aufbürden. Und während die Inklusion
282 von Geflüchteten und Zuwandernden wichtig ist für die Zukunft, ist Steuerflucht
283 lediglich Diebstahl von öffentlichen Einnahmen. Die Hetze gegen Migration macht das
284 unsichtbar. Die Linke stellt sich dem entgegen. Gemeinsam stehen wir gegen alle –
285 Bewegungen, Parteien, Gesetze und Institutionen –, die unsere Nachbar*innen und
286 Kolleg*innen aus unserer Mitte vertreiben wollen.

287 Statt einer Debatte zwischen einem „Wir“ und „die anderen“ orientiert sich Die Linke
288 am Leitbild einer demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft. Um diese zu
289 gestalten, müssen entsprechende gesetzliche, finanzielle und strukturelle

290 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir machen Vorschläge, wie Partizipation und
291 Integration schneller und besser gelingen können.

292 Zuwanderung ist mit Herausforderungen verbunden – für Einwandernde und Aufnehmende,
293 für Individuen und für Gesellschaften. Sie liegen in mangelnden Ressourcen und
294 Strukturen, die schnelle Zugänge in die Gesellschaft und zu voller Teilhabe
295 behindern. Sie liegen an zu wenig Wohnraum, zu wenig und zu restriktiven Zugang zu
296 Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt. Aus solchen Spannungsverhältnissen und kommunalen
297 Überlastungssituationen werden rechte Erzählungen konstruiert, die Menschen mit
298 Migrationsgeschichte zum gesellschaftlichen Gegner machen. Für solche
299 Herausforderungen werden wir Lösungen entwickeln.

300 Deshalb schlägt Die Linke ein eng mit dem europäischen und internationalen
301 Menschenrechtsschutz verzahntes Einwanderungskonzept vor. Es umfasst unterschiedliche
302 Elemente: 1) legale Wege zur Einwanderung jenseits des Asyl- und Flüchtlingsrechts 2)
303 rechtliche Gleichstellung, Aufenthaltsrecht und Staatsbürgerschaft, 3) Zugänge zum
304 Arbeitsmarkt und 4) die sozialen Rahmenbedingungen und notwendigen Investitionen,
305 mehr Angebote und Personal für Sprachkurse und für Schulen und Kitas, Wohnen sowie
306 einen Fonds für Willkommenskommunen.

307 Dort, wo Menschen leben, arbeiten, ihre sozialen Beziehungen aufbauen und zum
308 gesellschaftlichen Leben beitragen, sollen sie auch die Möglichkeit haben, im vollen
309 Sinne am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und einen abgesicherten und dauerhaften
310 Rechtsstatus erhalten.

311 Die wesentlichen Kosten und Arbeit beim Ankommen werden von den Kommunen geleistet –
312 die in vielen Fällen schon durch Altschulden und leere Kassen ihre Pflichtaufgaben
313 kaum erfüllen können. Willkommen braucht Strukturen und Ressourcen zum Ausbau der
314 sozialen Infrastruktur. Die Kosten dafür müssen durch den Bund übernommen werden.
315 Wir fordern einen bundesweiten Partizipationsrat, in dem die Integrationsbeauftragten
316 von Kommunen und Ländern und die migrantischen Selbstorganisationen vertreten sind.
317 Wir wollen die Hürden beim Arbeitsmarktzugang senken und die Anerkennung
318 ausländischer Abschlüsse erleichtern, damit jeder Mensch von seiner eigenen Hände
319 Arbeit sein / ihr Leben gestalten kann. Das deutsche System „Sprache, Ausbildung,
320 dann erst Arbeit“ ist an vielen Stellen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft zu
321 starr.

322 Friedenssicherung in einer multipolaren Weltordnung

323 Das 21. Jahrhundert ist - entgegen vieler Hoffnungen nach Beendigung des kalten
324 Krieges - durch eine Zunahme von ökonomischen und militärischen Konflikten
325 gekennzeichnet. Statt multilateraler Konfliktvermeidung beispielsweise auf der Ebene
326 der UN, versuchen Staaten mit globalem oder regionalem Machtanspruch ihre Interessen-
327 und Einflussphären zu sichern, in immer mehr Fällen auch mit der Androhung oder dem
328 Einsatz von militärischen Mitteln. Die Zunahme an militärischen Konflikten fordert
329 immer mehr Opfer, ob in der Ukraine, im Gazastreifen oder im Sudan. Und sie
330 vernichtet die Möglichkeit der globalen Kooperation und die materiellen Ressourcen,
331 die zur Bewältigung der globalen Krisen notwendig sind. Diese Kriege schaffen weitere
332 Fluchtursachen, statt sie weiter zu bekämpfen.

333 Der politische und ökonomische Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg entsteht aus
334 seiner kapitalistischen Verwertungslogik. Nicht nur der Globale Westen, sondern auch
335 Staaten, wie Russland, Iran oder China, sowie in einer Doppelrolle die Türkei,
336 kämpfen um regionalen oder globalen Einfluss. Die Überwindung der kapitalistischen
337 Verwertungslogik ist daher nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch des

338 Friedens.

339 Geopolitische und geostrategische Auseinandersetzungen, Handelskonflikte und Kriege
340 haben dramatisch zugenommen und die Koordinaten der internationalen Politik
341 verschoben. Insbesondere der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die
342 Ukraine hat Die Linke vor neue Herausforderungen als Partei für Frieden, Entspannung
343 und Abrüstung gestellt. Die USA und die NATO verfolgen im Ukraine-Konflikt eigene
344 geopolitische und strategische Interessen zur Schwächung Russlands und um Stärke
345 gegenüber der aufsteigenden Macht China zu demonstrieren. Doch es wäre ein Fehler,
346 den Ukrainekrieg auf seine – unbestreitbare – geopolitische Dimension und damit auf
347 eine rein innerimperiale Auseinandersetzung zwischen den USA/NATO und Russland zu
348 reduzieren.

349 In der Vergangenheit konnten Linke und Friedensbewegte mit einer klaren Haltung gegen
350 die Politik der NATO und der militärischen Konfrontation des Westens gesellschaftlich
351 wirksam sein. Heute gilt es jedoch darüber hinaus glaubwürdige Antworten auf
352 Aggressionen und imperiale Bestrebungen nicht-westlicher Akteure zu finden, die das
353 in der Charta der UN verankerte Prinzip des Friedens zwischen den Staaten
354 herausfordern. Nur so werden wir überzeugend der wachsenden Militarisierung der
355 gesamten Gesellschaft und ihrer Ausrichtung auf das Ziel einer neuen
356 Kriegstüchtigkeit entgegentreten können.

357 Die ukrainische Bevölkerung kämpft um ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung und
358 nimmt das in der UN-Charta verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung wahr. Die Linke
359 verteidigt dieses Recht. Gleichzeitig treten wir für das Recht auf
360 Kriegsdienstverweigerung ein und fordern die Bundesregierung auf, russischen wie
361 ukrainischen Kriegsdienstverweigerern politisches Asyl zu gewähren.

362 Der bisherige Verlauf des Krieges zeigt: Militärisch wird es keine Lösung des
363 Konfliktes geben. Diese wird nur in einem größeren Rahmen möglich sein und erfordert
364 eine Einbeziehung von Staaten wie China, Brasilien, Indien und Südafrika. Es ist ein
365 Fehler der westlichen Länder, Chinas Plan für eine Friedenslösung abzutun, statt
366 China beim Wort zu nehmen, die „Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen
367 Integrität aller Länder“ anzuerkennen und das Völkerrecht, einschließlich der Ziele
368 und Grundsätze der UN-Charta, einzuhalten. Auch China verfolgt Großmachtinteressen,
369 aber statt Entspannung und Interessenausgleich forcieren die USA einen Handelskrieg
370 mit China und verstärken ihre militärische Präsenz im südpazifischen Raum. Diese
371 Politik der Konfrontation führt zu einer Stärkung der Kooperation Chinas mit
372 Russland, statt einer Friedenslösung näherzukommen.

373 Ein Friede kann nur ein gerechter Friede sein. Wir treten deshalb dafür ein, dass am
374 Ende eines Friedensprozesses der Rückzug der russischen Truppen stehen muss. Ein
375 Friedensprozess aber muss mit einem Waffenstillstand beginnen, der Raum für weitere
376 Schritte eröffnet und gleichzeitig sicherstellt, dass er keiner Partei militärische
377 Vorteile für eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen verschafft. Der russische Abzug
378 sollte Ergebnis, nicht Vorbedingungen für Verhandlungen sein.

379 Friedenstauglich statt kriegstauglich

380 Die global um sich greifende Kriegslogik befördert die Aufrüstung und die
381 Militarisierung der Gesellschaften, auch in Deutschland. „Kriegstüchtigkeit“ wird als
382 gesellschaftliches Ziel, als Maxime für die Verwendung von Steuergeldern und als
383 Anforderung an die junge Generation formuliert. Von der gesellschaftlichen Rechten
384 bis zu Teilen der SPD und dem Verteidigungsminister Pistorius sollen Wehrpflicht und
385 Pflichtdienste wieder eingeführt werden. Die Linke stellt sich der Normalisierung von

386 Aufrüstung, Militarisierung und Krieg entgegen. Wir lehnen Einsätze der Bundeswehr im
387 Ausland ab. Wir stellen uns der Aufrüstungspolitik entgegen. Von deutschem Boden
388 gingen zwei Weltkriege aus. Das werden wir nicht vergessen. Wir zeigen, wie viel Geld
389 für Soziales und Gesundheit fehlt, weil Steuergelder in Raketen und Kampffjets
390 gesteckt werden.

391 Die deutsche Regierung und die internationale Gemeinschaft müssen mutige Schritte
392 unternehmen, um den Krieg zu beenden. Das gilt auch für den Nahost-Konflikt, der
393 tausende Menschen das Leben kostet. Die Internationale Gemeinschaft muss sich mit
394 aller Kraft für Deeskalation in der gesamten Region, einen Waffenstillstand, die
395 Freilassung der Geiseln und Friedensverhandlungen einsetzen statt weiter
396 Rüstungsgüter in den Nahen Osten zu liefern.

397 Es wird für Deutschland und die EU entscheidend sein, nicht Teil einer globalen
398 Auseinandersetzung zwischen West und Ost zu werden. Dazu ist es dringend notwendig,
399 die außenpolitische Dominanz der USA gegenüber der EU in Frage zu stellen und eine
400 klare Position gegen den sich verschärfenden Konflikt USA-China einzunehmen.

401 Ziel muss es sein, die EU mit strategischer Unabhängigkeit und damit diplomatischer
402 Glaubwürdigkeit zu einem Vermittler zwischen Konfliktpartnern werden zu lassen, statt
403 selbst imperiale Ziele zu verfolgen oder Teil einer neuen Blockkonfrontation zu
404 werden.

405 Wir sagen Nein zur geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenraketen. Diese
406 Raketen erhöhen nicht unsere Sicherheit, sondern schaffen neue Risiken und erhöhen
407 die Kriegsgefahr. Anders als die Stationierung von Mittelstreckenraketen im Rahmen
408 des NATO-Doppelbeschlusses der 80er Jahre ist der aktuelle Beschluss noch nicht
409 einmal mit einem Angebot zu Rüstungskontrollverhandlungen verbunden. Mehr Aufrüstung,
410 mehr atomwaffenfähige Raketen schaffen keinen Frieden, sondern treiben eine weitere
411 Spirale der Aufrüstung an. Die weltweite Aufrüstung blockiert die Ressourcen, die wir
412 dringend im Kampf gegen den Klimawandel und gegen Armut brauchen. Wir greifen die
413 Initiative von über 50 Nobelpreisträger*innen auf, die 2021 vorgeschlagen
414 hatten, dass alle Mitgliedsstaaten der UN ihre Rüstungsetat jedes Jahr um 2% senken,
415 und die so frei werdenden Mittel für die Bekämpfung der größten Menschheitsprobleme
416 wie Klimawandel, Armut und Pandemien zu bekämpfen.

417 Vielstimmigkeit und Unklarheit schaden der Wahrnehmung der Linken auf dem Feld der
418 Außenpolitik. Wir wollen die ungelösten und zum Teil strittigen Fragen zu
419 gemeinsamen, breit getragenen Positionen weiterentwickeln: Wie eine
420 Sicherheitsarchitektur aussehen kann, die nicht Konfrontation befördert. Wie
421 internationale Institutionen gestärkt und gestaltet werden können, so dass
422 Verhandlungen und Völkerrecht im Zentrum von Konfliktlösungsstrategien stehen. Wie
423 wir das Selbstverteidigungsrecht und den Ausstieg aus der militärischen Eskalation
424 zusammenbringen. Wir werden Alternativen zur scheinbaren Ausweglosigkeit des
425 Wettrüstens entwickeln. Dafür suchen wir den Dialog auch mit Gewerkschaften, den
426 Kirchen, Friedensbewegungen und Nichtregierungsorganisationen.

427 Eine linke Oststrategie

428 Die Menschen in Ostdeutschland haben in den letzten 34 Jahren seit der
429 Wiedervereinigung viele Dinge erreicht, auf die sie stolz sein können. Sie haben eine
430 industrielle Kahlschlagpolitik und Massenarbeitslosigkeit erlebt und viele
431 Ostdeutsche haben – mitten im Leben stehend und mit familiären Verpflichtungen – neue
432 Berufe erlernt. Es sind gesellschaftliche Freiräume entstanden: in unzähligen
433 Bürgerinitiativen wurde um die Restaurierung von Kulturstätten gekämpft. Freie

434 Jugendprojekte schossen aus dem Boden, die dem Aufkommen rechter Schlägertrupps
etwas

435 entgegensetzen konnten. An sozialen Errungenschaften in der Gleichstellungs-,
436 Gesundheits- und Bildungspolitik konnte angeknüpft werden.

437 Gleichzeitig schlug den Ostdeutschen aus der bundesdeutschen Politik stets der Wind
438 entgegen. Die Treuhand hat mit ihrem „Aufbau Ost“, der ein „Ausverkauf Ost“ war, die
439 Grundlagen für die Entwicklungspfade gelegt, die noch heute wirken: Einige
440 wirtschaftliche Cluster-Regionen wie Jena, Erfurt, Dresden oder Leipzig sind
441 entstanden, in denen die wirtschaftlichen Kennzahlen gut sind. Strukturell und im
442 Durchschnitt aber bilden die fünf Ostbundesländer immer noch die größte
443 zusammenhängende strukturschwache Region Deutschlands: Löhne, Wirtschaftsleistung,
444 Einkommen und Vermögen sind geringer, die Zukunft stärker von Sorgen geprägt. Die
445 Finanzstruktur der kommunalen Haushalte ist problematisch. Die öffentliche
446 Daseinsvorsorge bildet oft kein verlässliches gesellschaftliches Netz mehr, viele
447 Menschen verlassen die schrumpfenden Regionen.

448 Diese tiefsitzenden Erfahrungen der politischen Enttäuschung – trotz eines
449 massenhaften Aufbegehrens – haben der Angleichung zwischen Ost und West geschadet.
450 Sie haben auch das Vertrauen in Demokratie zum Wohle der übergroßen Mehrheit
451 erschüttert.

452 Das Programm „weniger Migration, weniger kulturelle Pluralität, weniger
453 Globalisierung, weniger Klimawende, weniger institutionelle Politik“ – das besonders
454 von der AfD, auch von CDU und BSW vorangetrieben wird – ist eine wirtschaftliche und
455 soziale Selbstabwicklung. Ohne sozialen und ökologischen Umbau, Öffnung und
456 Zuwanderung werden sich die Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Wir wollen an
457 den Potenzialen, Erfahrungen und Chancen der ostdeutschen Länder ansetzen.

458 Die Linke weiß, dass viele Menschen im Osten unsere Werte der Solidarität, der
459 Gleichheit und der Würde jedes Menschen teilen. Diesen solidarischen und
460 widerständigen Osten wollen wir vertreten. Wir suchen den Austausch mit den Menschen,
461 die unsere Visionen teilen, aber nicht mehr überzeugt sind, dass sie auch realisiert
462 werden können.

463 Eine moderne linke Ostpolitik muss mindestens drei Funktionen erfüllen:

464 Erstens muss die Frage der sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und deren
465 Überwindung in den Fragen Löhne, Arbeitszeit, Tarifbindung und Renten im Zentrum
466 stehen. Jede*r vierte, der oder die im Osten in Vollzeit arbeitet, erhält nur
467 Niedriglohn, ganz zu schweigen von den Beschäftigten in Teilzeit. Wir wollen den
468 Niedriglohnsektor trockenlegen.

469 Zweitens werden wir einen eigenen Entwicklungspfad für den Osten aufzeigen. Wir
470 können die Energiewende zu einem wirtschaftlichen Erfolgsprojekt im Osten machen:
471 Wohnortnahe, nachhaltige Energie, in kommunaler Hand sichert soziale Preisgestaltung
472 und macht Industriestandorte zukunftssicher. Bei der Produktion von Schienen, Bus und
473 Bahn liegen ostdeutsche Unternehmen vorn. Sie brauchen Zukunftssicherheit durch die
474 Bundespolitik: Mehr Investitionen in die Schiene, Bus und Bahn bedeutet mehr und
475 Verlässliche Produktion und einen Aufwuchs an Kapazitäten und Beschäftigung. Die
476 Investitionen in Daseinsvorsorge und Verkehrs- und Energiewende können ein Jobmotor
477 werden, der gegen schrumpfende Zukunftsperspektiven und schrumpfende Landstriche
478 wirkt.

479 Die Erfahrungen aus der Transformation im Osten können für die aktuellen
480 Herausforderungen genutzt werden. Erfahrungen mit genossenschaftlichen

481 Wirtschaftsstrukturen z.B. können sowohl in der Landwirtschaft als auch Industrie
482 helfen, neue Wege zu gehen.

483 Drittens muss die Daseinsvorsorge in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege,
484 öffentlichem Verkehr und Wohnen gestärkt werden. Längst ist die Mietenkrise auch in
485 vielen ostdeutschen Mittelstädten angekommen. Durch gerechte Finanzierung der
486 Kommunen und Verteilung des gesamtdeutschen Reichtums werden Strukturen geschaffen,
487 die die Grundlage für funktionierendes Wirtschaften bilden und verhindern, dass die
488 Menschen aus den Regionen abwandern.

489 Wir stehen für: Mehr Kooperation, weniger Konkurrenz, mehr lernen voneinander, nicht
490 nur angleichen. Wir werden Zukunftspläne mit den Menschen vor Ort entwickeln, statt
491 über ihre Köpfe. Um falsche Gegenüberstellungen aufzubrechen, wollen wir Konzepte für
492 gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, in Castrop Rauxel und in Bitterfeld
493 weiterentwickeln und im Alltag der Menschen sichtbar machen. Wir wollen eine Debatte
494 entlang von Stärken auf das Zusammenwachsen Ost und West.

495 Wir verabreden den folgenden Zeitplan für die Debatte:

496 Die konzeptionellen Weiterentwicklungen werden im ersten zum Bundestagswahlprogramm
497 ausgearbeitet (1. Entwurf bis Dezember 24, Beschlussfassung bis Mai 25). Hierzu
498 werden wir die Expert*innen aus Partei und Fraktionen angemessen beteiligen.

499 Nach der Bundestagswahl 25 treten wir wie verabredet in eine programmatische Debatte
500 ein, die bis 2027 abgeschlossen sein soll.

501 Auf dem Weg zur Bundestagswahl: Fokussieren

502 Unser Ziel ist es, bei der Bundestagswahl 2025 wieder in Fraktionsstärke in den
503 Bundestag einzuziehen. Darauf bereiten wir uns vor und wollen aus Fehlern lernen. Zu
504 oft haben wir in entscheidenden gesellschaftlichen Fragen nicht mit einer Stimme
505 gesprochen. Strittige Fragen haben wir zum Teil nicht klar entschieden, um
506 Gemeinsamkeiten zu ermöglichen. Und zu oft wurden die Beschlüsse der Partei nicht in
507 der Öffentlichkeit vertreten. Das hat es schwieriger gemacht, die Kernprojekte der
508 Partei zu erkennen. In Vorbereitung auf die Bundestagswahl ist es daher wichtig
509 – neben der Klärung strittiger Fragen –, zentrale Felder und Projekte zu bestimmen
510 und eine Fokussierung zu erreichen. Für die Fokussierung braucht es wenige Themen, um
511 öffentlich durchzudringen: Mit den Themen muss vermittelt werden, was für eine
512 Erzählung, was für ein größeres Ganzes mit einer Linken des 21. Jahrhunderts
513 verbunden wird.

514 Fokussieren heißt nicht, dass wir über nichts anderes mehr reden. Es bedeutet,
515 konkrete Themen auszuwählen, die wir im Sinne von Kampagnen in den Mittelpunkt
516 stellen. Zu guten Kampagnen gehört ein klares Ziel und klar benannte Instrumente, wie
517 es erreicht werden soll. Mit solchen Kampagnenthemen haben wir erfolgreich Politik
518 gemacht. Wir werden gemeinsam entwickeln, welche Zuspitzungen wir bis zur
519 Bundestagswahl und darüber hinaus in den Vordergrund stellen.

520 Zentral ist dabei der Kampf um die sozialen Grundlagen der Gesellschaft: Um ein Leben
521 in Würde und Sicherheit führen zu können, sind wir alle auf staatliche und kommunale
522 Einrichtungen angewiesen. Wir wollen, dass diese „Ökonomie des Alltags“ wieder
523 funktioniert und am Gemeinwohl und nicht am Profit orientiert ist. Wir wollen da, wo
524 in der Vergangenheit die notwendigen öffentlichen Investitionen unterblieben sind,
525 wieder investieren und die Kommunen stärken. Unternehmen und Institutionen dieser
526 „Ökonomie des Alltags“ müssen der öffentlichen Kontrolle unterliegen und

527 demokratisiert werden. Diese grundlegenden Dienste und Angebote müssen für alle
528 bedingungslos und für alle gleich zugänglich sein. Die „Ökonomie des Alltags“ muss
529 auf dem Prinzip der Solidarität beruhen. Mit einer solchen gemeinwohlorientierten
530 „Ökonomie des Alltags“ entziehen wir Teilbereiche der Ökonomie der Profitlogik und
531 bringen sie unter demokratische, öffentliche Kontrolle. Wir machen damit unsere
532 Alternative zu einer Gesellschaft deutlich, in der wir zunehmend mit unserem
533 individuellen Einkommen versuchen müssen, unsere Bedürfnisse auf dem Markt zu
534 befriedigen: Einen demokratischen Sozialismus, der ein Leben in Würde und Sicherheit
535 ermöglicht, und wo alle einen gleichen und bedingungslosen Zugang zu öffentlichen
536 Leistungen haben.

537 Bei Mieten und Wohnen wird es um den Kampf für einen Mietendeckel, gegen hohe
538 Heizkosten und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum gehen. In der
539 Gesundheitsversorgung um ausreichend Personal, eine solidarische Gesundheits- und
540 Pflegevollversicherung und die Wiedergewinnung von 200 000 Pflegekräften. Ausbau des
541 Nahverkehrs, auch als Teil der Industrietransformation – kostenfrei für die
542 Nutzer*innen. Ausreichend Kitaplätze, mehr Erzieher*innen und angemessene Bezahlung.
543 Kindergrundsicherung, höhere Rente und Soziale Sicherung ohne Erpressung und
544 Sanktionen. Für solche entlastenden Maßnahmen für die Mehrheit der Bevölkerung
545 braucht es eine Umverteilung: Vermögensteuer, Übergewinnsteuer eine solidarische
546 Gesundheits- und Pflegevollversicherung und öffentliche Investitionen zur Sicherung
547 öffentlicher Infrastruktur. Ebenso unverzichtbar sind soziale Sicherungssysteme, die
548 uns gegen Risiken des Lebens absichern. Aber diese Systeme sind zunehmend brüchig
549 geworden, funktionieren immer weniger oder schließen ganze Gruppen aus während andere
550 sich der Solidargemeinschaft entziehen können.

551 Wir treten ein für Arbeit die zum Leben passt. Arbeit – Arbeitszeitverkürzung mit
552 Lohnausgleich und Job-Offensive gegen Druck und Erschöpfung und eine Job- und
553 Einkommensgarantie in der Transformation. Das geht nur mit breiter, flächendeckender
554 Tarifbindung.

555 Wir machen Politik für die Beschäftigten, ob in Gesundheit, Erziehung, Handel und
556 Logistik oder in der Industrie. Gute Arbeit und gute Versorgung in der öffentlichen
557 Daseinsvorsorge betrifft die größten Gruppen der Beschäftigten – und alle Menschen,
558 die auf die öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Gerade die
559 Gewerkschafterinnen wissen, wo sie die SPD-geführte Regierung im Stich gelassen hat:
560 Es gibt nicht mehr Pflegekräfte und Erzieher*innen. Tarifbindung ist rückläufig und
561 Tarifverträge sind nicht allgemeinverbindlich. Die Sorgen der Menschen in den
562 Transformations-Industrien beantworten wir mit Konzepten für gerechte Übergänge in
563 eine klimagerechte und demokratisierte Wirtschaft. Wir kämpfen für die Menschen, die
564 zu niedrigen Löhnen arbeiten, viele von ihnen leben im Osten. Gute Daseinsvorsorge
565 mit den entsprechenden Arbeitsverhältnissen, gute Industrie-Jobs in nachhaltiger
566 Industrie und Löhne, die zum guten Leben reichen: Das würde das Lebensgefühl (nicht
567 nur) im Osten massiv verändern. Wir klagen den europäischen Mindestlohn durch und
568 streiten mit ihnen dafür, den Niedriglohnsektor trocken zu legen. Wir stellen uns der
569 Spaltung in Menschen, die ein Recht auf Transfers haben, und Beschäftigte entgegen
570 und zeigen, dass die soziale Sicherheit auszuhöhlen den Niedriglohn stärkt. Wir
571 stehen an der Seite der Menschen, die von Armut betroffen sind, viele von ihnen
572 Alleinerziehende, Kinder, Rentner*innen. Viele junge Menschen haben nicht aufgegeben,
573 sie glauben – noch, manchmal verzweifelt – daran, dass die Welt zum Besseren
574 verändert werden kann. Wir sind für sie eine wichtige Adresse: Wir lassen uns nicht
575 korrumpieren. Wir verteidigen die Lebensansprüche aller Menschen. Wir sagen, wo wir
576 auf eine Katastrophe zu schlittern und was passieren muss, um das zu verhindern. Wir
577 geben niemanden auf und kämpfen um jede Stimme. Mit beschränkten Ressourcen nehmen

578 wir Stärken als Ausgangspunkte und verbreitern in die Nachbarschaften und Orte, an
579 denen wir Stärke zurückgewinnen können.

580 **Auf dem Weg zur Bundestagswahl: Die Partei einen und stärken**

581 **Verloren gegangenes Vertrauen aufzubauen** ist harte Arbeit, Beziehungsarbeit. Mit
582 einer Gesprächsoffensive knüpfen wir wieder Verbindungen. Wir hören zu, wir bringen
583 unsere Vorschläge ein und finden die Menschen, die mit uns aktiv sein wollen.

584 Die Linke stellt die Erfahrungen der Menschen, ihren Alltag, ihre Sorgen und
585 Befürchtungen sowie ihre Hoffnungen in den Mittelpunkt. Wir wollen sie ins Parlament
586 und die Öffentlichkeit tragen. Wir verteidigen die Ansprüche an eine funktionierende
587 Daseinsvorsorge und gerechte Teilhabe. Der Ideologie des individuellen Verzichts
588 setzen wir ein neues Wohlstandsmodell entgegen, das ein gutes Leben für alle
589 garantiert und das Überleben auf dem Planeten sichert. Wir zeigen, wie gerechte
590 Übergänge in der Transformation aussehen können, so dass aus angstbesetzten Prozessen
591 Hoffnung für eine bessere Zukunft entstehen kann. Wir laden alle ein, daran
592 mitzuarbeiten.

593 **Wir stärken unsere Arbeit vor Ort:** Mit Sozialsprechstunden, Initiativen gegen
594 Mieterhöhungen; mit lokalen Kampagnen, die sich an den realen Problemen der Menschen
595 orientieren, kämpfen wir für Veränderungen vor Ort. Wir laden in offene Strukturen
596 ein und schaffen Verbindungen zu Kommunalvertretungen der Linken. Wir arbeiten dafür,
597 dass Die Linke als eine kommunalpolitische Gestaltungskraft stärker wird.

598 **Versprechen**

599 Wir versprechen, dass wir verlässlich gegen die unsoziale Politik der Regierung
600 stehen werden. Wir nehmen unsere Aufgaben ernst, denen eine Stimme zu geben, die
601 sonst nicht gehört werden.

602 Wir zeigen, wie gerechte Alternativen aussehen werden und mit aller Kraft für ihre
603 Umsetzung streiten, mit allen Bündnispartner*innen, die es in Zivilgesellschaft und
604 Parlamenten gibt. Wir kämpfen für einen Politikwechsel und Mehrheiten für einen
605 Kurswechsel innerhalb und außerhalb der Parlamente.

606 Wir sind und bleiben anders als andere Parteien. Wir nehmen keine Spenden von
607 Unternehmen an. Unsere Abgeordneten nutzen ihre Ressourcen auch dafür, Strukturen vor
608 Ort zu stärken und soziale Projekte zu fördern. Wir halten Widersprüche aus und sagen
609 keine Halb- und Unwahrheiten, nur weil sie gerade weit verbreitet sind.

610 Wir bieten allen eine politische Heimat, die sich gegen rechte Hetze zusammenfinden.
611 Wir streiten mit allen für gute Arbeit und eine solidarische Gesellschaft. Gemeinsam
612 wehren wir uns gegen die Angriffe auf den Sozialstaat. Gemeinsam organisieren wir die
613 Hoffnung auf Veränderung, gegen den rechten Zeitgeist.